

Jahresabschluss 2009 Österreichische Post AG

Einzelabschluss nach österreichischem UGB

Anlagenverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 2009.....	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009.....	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2009.....	3
Lagebericht der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2009.....	4

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	31.12.2008	31.12.2009
	TEUR	EUR
A. Anlagevermögen		
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	6.590	5.559.455,12
<i>II. Sachanlagen</i>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	319.277	295.579.794,14
2. technische Anlagen und Maschinen	52.384	43.309.791,19
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	103.569	93.606.792,33
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	8.034	11.330.886,49
	483.265	443.827.264,15
<i>III. Finanzanlagen</i>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	396.280	446.680.104,98
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	47.465	11.777.193,37
3. Beteiligungen	988	988.494,90
4. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	157.299	101.023.609,68
	602.033	560.469.402,93
	1.091.888	1.009.856.122,20
B. Umlaufvermögen		
<i>I. Vorräte</i>		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	6.836	5.289.248,12
2. Waren	15.002	12.162.657,54
	21.839	17.451.905,66
<i>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	173.950	162.655.888,53
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	30.440	40.559.673,24
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.233	2.402.804,93
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	25.485	18.024.359,69
	233.108	223.642.726,39
<i>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</i>	207.127	253.475.209,70
	462.073	494.569.841,75
C. Rechnungsabgrenzungsposten	31.679	28.776.544,38
	1.585.640	1.533.202.508,33

Passiva	31.12.2008	31.12.2009
	TEUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Grundkapital	350.000	337.763.190,00
abzüglich eigener Aktien	-12.237	0,00
	337.763	337.763.190,00
II. Kapitalrücklagen		
1. gebundene	12.237	12.236.810,00
2. nicht gebundene	142.763	118.299.759,74
abzüglich eigener Aktien	-24.463	0,00
	118.300	118.299.759,74
	130.537	130.536.569,74
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000,00
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	20.000	0,00
abzüglich eigener Aktien	-20.000	0,00
	0	0,00
	35.000	35.000.000,00
IV. Bilanzgewinn,		
davon Gewinnvortrag: EUR 2.924.065,84; Vorjahr: TEUR 1.232	171.806	120.759.087,23
	675.105	624.058.846,97
B. Unversteuerte Rücklagen		
1. Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	10.580	12.704.535,96
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	67.150	70.916.000,00
2. Steuerrückstellungen	10.088	32.318.000,00
3. sonstige Rückstellungen	552.100	532.820.320,00
	629.338	636.054.320,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.863	12.780.346,03
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	368	329.668,74
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130.330	129.097.461,17
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	34.927	39.538.261,07
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	612	1.045.787,73
6. sonstige Verbindlichkeiten,	76.550	66.802.110,59
davon aus Steuern: EUR 29.278.618,02; Vorjahr: TEUR 30.597		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 18.031.470,22;		
Vorjahr: TEUR 21.330		
	258.649	249.593.635,33
E. Rechnungsabgrenzungsposten	11.967	10.791.170,07
	1.585.640	1.533.202.508,33
Sonstige vertragliche Haftungsverhältnisse	210.075	175.649.567,03

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009

	2008 TEUR	2009 EUR
1. Umsatzerlöse	1.657.531	1.620.031.958,86
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	15.370	23.926.416,82
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	12.979	9.643.230,25
c) übrige	44.908	49.437.940,41
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen		
a) Materialaufwand	-83.325	-78.978.114,23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-163.476	-179.279.152,71
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	-770.295	-773.977.583,42
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-17.148	-12.205.755,21
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-416	-153.435,24
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-201.139	-201.296.218,89
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-7.396	-7.145.140,53
5. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs 2 UGB: EUR 388.300,00; Vorjahr: TEUR 6.261	-75.882	-64.739.715,42
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-5.905	-5.997.476,81
b) übrige	-220.923	-205.201.184,72
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebsergebnis)	184.884	174.065.769,16
8. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 9.111.859,66; Vorjahr: TEUR 10.032	10.624	9.600.539,08
9. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	10.662	2.101.167,80
10. sonstige Zinserträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 829.246,92; Vorjahr: TEUR 357	12.752	5.149.552,16
11. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 14.312.144,69 Vorjahr: TEUR 0	1.819	15.637.144,69
12. Aufwendungen aus Finanzanlagen davon Abschreibungen: EUR 43.719.114,28; Vorjahr: TEUR 58.865 davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 23.700.000,00; Vorjahr: TEUR 38.865	-59.270	-44.695.874,28
13. Zinsaufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.165.624,88; Vorjahr: TEUR 1.407	-7.751	-2.172.583,91
14. Zwischensumme aus Z 8 bis 13 (Finanzergebnis)	-31.164	-14.380.054,46
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	153.720	159.685.714,70
16. Steuern vom Einkommen	-40.420	-39.726.426,64
17. Jahresüberschuss	113.300	119.959.288,06
18. Auflösung unversteuerter Rücklagen	274	559.825,37
19. Auflösung von Kapitalrücklagen	57.000	0,00
20. Zuweisung zu unsteuerten Rücklagen	0	-2.684.092,04
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.232	2.924.065,84
22. Bilanzgewinn	171.806	120.759.087,23

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

Inhaltsverzeichnis

1.	Grundsätzliche Ausführungen.....	2
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	3
2.1	Allgemeine Angaben	3
2.2	Anlagevermögen	3
2.3	Umlaufvermögen	4
2.4	Rückstellungen.....	5
2.5	Verbindlichkeiten	6
2.6	Steuerliche Verhältnisse	6
3.	Erläuterungen zur Bilanz	7
3.1	Anlagevermögen	7
3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10
3.3	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten.....	11
3.4	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	11
3.5	Eigenkapital	11
3.6	Unversteuerte Rücklagen	12
3.7	Rückstellungen.....	13
3.8	Verbindlichkeiten	14
3.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	14
3.10	Sonstige Angaben	15
4.	Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung.....	18
4.1	Umsatzerlöse.....	18
4.2	Sonstige betriebliche Erträge	18
4.3	Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	18
4.4	Personalaufwand	18
4.5	Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung	19
4.6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	19
4.7	Erträge aus Beteiligungen	20
4.8	Aufwendungen aus Finanzanlagen	20
4.9	Steuern vom Einkommen	21
5.	Risikomanagement	22
6.	Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates	25
	Bestätigungsvermerk.....	26

1. Grundsätzliche Ausführungen

Die Österreichische Post AG und ihre Tochtergesellschaften sind Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Postbeförderung. Zu den Hauptgeschäftsbereichen der Österreichischen Post AG zählen die Erbringung von Leistungen des Brief- und Paketdienstes sowie die Abwicklung von Finanzgeschäften in Kooperation mit der BAWAG PSK.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet: Österreichische Post AG, Postgasse 8, 1010 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien (FN 180219d) eingetragen.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs. 1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

2.2 Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3-10	10-33
Gebäude	20-50	2-5
Grundstückseinrichtungen	10	10
Technische Anlagen und Maschinen	8-10	10-12,5
Werkzeuge, Mess- und Prüfgeräte	5	20
Büromaschinen	5-8	12,5-20
EDV - Großrechner/Netzwerkcomponenten	5	20
EDV - Arbeitsplatzausstattung	3	33,3
Alarmanlagen	5	20
Büroeinrichtung und Schaltermöbel	12	8,33
Sozialeinrichtungen	8	12,5
Depotbriefkästen	10	10
Briefkästen	20	5
Fuhrpark	4-10	10-25

Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände gemäß § 13 EStG werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Sofern sie unverzinslich sind, werden sie mit dem am Bilanzstichtag geltenden Zinssatz abgezinst und mit dem Barwert angesetzt.

2.3 Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit¹ werden, wenn nötig, vom Bestandwert entsprechende Abschläge (bis 100%) vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken, der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird. Zur Berücksichtigung allgemeiner Kreditrisiken bestehen pauschal ermittelte Wertberichtigungen. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen gegenüber Drittländern werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisengeldkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.

¹ Die Umschlaghäufigkeit errechnet sich, indem man den durchschnittlichen Jahresverbrauch durch den durchschnittlichen Ist-Bestand dividiert.

2.4 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IAS 19). Die Bewertung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 55 bis maximal 65 Jahren für weibliche und von 60 bis maximal 65 Jahren für männliche Angestellte und unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und schrittweiser Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam erfasst. Für Beamte wurde keine Abfertigungsrückstellung gebildet.

Folgende Parameter wurden zugrunde gelegt:

	2009 in %	2008 in %
Rechnungszinssatz	5,00	5,00
Gehaltssteigerung	4,00	4,00
Fluktuationsabschlag	gestaffelt 2-8	gestaffelt 2-8

Für Dienstnehmer, deren Dienstverhältnisse nach dem 31. Dezember 2002 begonnen haben, werden die Abfertigungsverpflichtungen durch die laufende Entrichtung der Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten.

Rückstellungen für den Abfertigungen ähnliche Verpflichtungen werden für **Jubiläumsgelder** gebildet. Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung unter Zugrundelegung der gleichen Parameter.

Die übrigen **Rückstellungen** werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, im Umlauf befindliche Postwertzeichen und aufgelieferte jedoch noch nicht zugestellte Brief- und Paketsendungen, Abgeltungsverpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Die **Rückstellung für Unterauslastung** wird für künftige Personalaufwendungen für Mitarbeiter gebildet, die unkündbar sind (vor allem Beamte) und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können. Die Rückstellung wurde unter Anwendung eines einheitlichen durchschnittlichen Unterauslastungsgrades unter Berücksichtigung eines Fluktuationsabschlages ermittelt.

Weiters wird in der Rückstellung für Unterauslastung für jene Mitarbeiter vorgesorgt, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden. Zusätzlich wurde im Geschäftsjahr 2009 für die Übernahme von Mitarbeitern der Österreichischen Post AG in das Bundesministerium für Inneres bis zum Ende des Refundierungszeitraumes eine Vorsorge gebildet.

Der Berechnung der Rückstellung für Unterauslastung wurden wie im Vorjahr Gehaltssteigerungen von 4,00 % und ein Abzinsungssatz von 5,00 % zugrunde gelegt.

2.5 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber Drittländern werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.

2.6 Steuerliche Verhältnisse

2.6.1 Umsatzsteuer

Die Österreichische Post AG ist ein Unternehmen, das neben Umsätzen, die zum Ausschluss vom Vorsteuerabzug führen, auch solche Umsätze bewirkt, bei denen ein solcher Ausschluss nicht gegeben ist.

Steuerfreie Umsätze der Österreichischen Post AG, die den Vorsteuerabzug ausschließen, sind vor allem die unmittelbar dem Postwesen dienenden Umsätze (§ 6 Abs.1 Z. 10b UStG) aus dem Brief- und Paketdienst sowie jene aus der Vermittlung von Bankdienstleistungen (§ 6 Abs. 1 Z. 8 UStG).

Soweit Vorsteuerbeträge nicht direkt zu Umsätzen, die zum Vorsteuerabzug berechtigen oder zu Umsätzen, bei denen dieser ausgeschlossen ist, zuordenbar sind, erfolgt der Vorsteuerabzug im Verhältnis der zum Vorsteuerabzug berechtigenden, steuerpflichtigen Umsätze zu den übrigen Umsätzen. Dieses Verhältnis wird in Form eines Prozentsatzes, des sogenannten Pro-Rata-Satzes, angegeben.

2.6.2 Steuern vom Einkommen

Die Österreichische Post AG als Gruppenträger bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i. S. d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse (Gewinne und Verluste) der Gruppenmitglieder dem Gruppenträger – Österreichische Post AG – zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zuweisung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung des Gruppenträgers durch die Verrechnung positiver oder negativer Steuerumlagen. Positive Steuerumlagen sind Ausgleichszahlungen der Gruppenmitglieder an die Gruppenmutter aufgrund der Überrechnung der positiven Ergebnisse. Negative Steuerumlagen sind als Ausgleich für die Überrechnung negativer Ergebnisse von Gruppenmitgliedern an die Gruppenmutter von der Österreichischen Post AG zu leisten.

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung sind im Anlagenspiegel (Beilage A) dargestellt.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichischen Post AG ein Grundwert von TEUR 74.870 (31.12.2008: TEUR 77.821) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden außerplanmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 388 (2008: TEUR 6.261) und des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 43.719 (2008: TEUR 58.865) vorgenommen. Von der Abschreibung des Finanzanlagevermögens betreffen TEUR 20.019 den Anteil an der BAWAG Holding Coöperatie U.A. (2008: TEUR 20.000). Im Geschäftsjahr 2009 wurde darüber hinaus die Beteiligung an der Post drei Beteiligungs GmbH mit TEUR 23.700 (2008: TEUR 7.865) außerplanmäßig abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2009 wurden Zuschreibungen wegen gestiegener Börsenkurse für strukturierte Anleihen (Reverse TARN Floater 2005-2020, DZ Bank AG Memory Anleihe) in Höhe von TEUR 1.031 vorgenommen (2008: TEUR 1.620).

Da die Emittenten der im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Schuldinstrumente weiterhin ein gutes Bonitätsrating aufweisen und die Kursrückgänge nicht auf finanzielle Schwierigkeiten der Emittenten, sowie auf Verringerung zukünftiger Cashflows oder auf Ausfälle von Zins- und Tilgungszahlungen schließen lassen, ist eine dauerhafte Wertminderung nicht anzunehmen. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 204 Abs. 2 zweiter Satz UGB unterbleiben daher. Der Buchwert der im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Schuldinstrumente beträgt TEUR 60.412; der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 56.445.

Beteiligungen der Österreichischen Post AG

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil	Eigenkapital	Jahres-
	zum	zum	ergebnis
	31.12.2009	31.12.2009	2009
	in %	TEUR	TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Post Paket Service GmbH, Wien	100,0	33.512	878
Post & Co Vermietungs OEG, Wien	100,0	146.572	2.612
Medien.Zustell Ges.m.b.H., Wien **)	100,0	201	85
Post.Maintain Management Objektverwaltungs- u. Instandhaltungs Ges.m.b.H., Wien **)	100,0	12.965	-942
A4 Business Solutions Ges.m.b.H., Wien **)	100,0	102	56
Post.Wertlogistik Ges.m.b.H., Wien	100,0	3.727	600
Post & Telekom Immobiliengesellschaft mbH, Wien **)	100,0	1.635	191
feibra Ges.m.b.H., Wien **)	100,0	15.651	8.605
feibra Magyarorszáig Kft, Budapest ***)	100,0	3.755	652
Post International Beteiligungs GmbH, Wien **)	100,0	36.607	-7.555
Austrian Post International Deutschland GmbH, D, Köln **)****)	100,0	2.168	1.056
KOLOS Marketing s.r.o., Prag ***)	10,0	88	-13
KOLOS s.r.o., Bratislava ***)	100,0	217	-448
Weber Escal d.o.o., Zagreb ***)	100,0	2.320	211
Post eins Beteiligungs GmbH, Wien	100,0	120.021	5
Post drei Beteiligungs GmbH, Wien	100,0	40.739	-23.696
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			
Omnimedia Werbe-gesellschaft mbH, Wien *)	21,0	2.881	2.327
Sonstige Beteiligungen			
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50,0	338	16

*) Jahresabschluss zum 30.06.2009

**) Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

***) gemäß IFRS-Reportingpackage zum 31. Dezember 2009

Im Geschäftsjahr 2009 wurden an die Post & Co Vermietungs OEG Zuschüsse für das Projekt Ivanka in Höhe von TEUR 2.899 (31.12.2008: TEUR 11.101) und für den Zubau Briefverteilzentrum Wien in Höhe von TEUR 5.900 geleistet.

An die Feibra Tirol GmbH wurde ein Zuschuss in Höhe von TEUR 328 geleistet. In Folge von Kaufpreisanpassungen wurde der Beteiligungsansatz an feibra Magyarorszáig Kft, Budapest, um TEUR 207 und an KOLOS s.r.o. um TEUR 16 erhöht. Weiters wurde die Cont Media Hungary Kft., Budapest, mit Stichtag 01.01.2009 mit der feibra Magyarorszáig Kft, Budapest, verschmolzen.

Weiters wurden nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von insgesamt TEUR 64.750 an folgende Konzerngesellschaften geleistet:

Post eins Beteiligungs GmbH:

- Thermomed GmbH & Co KG: TEUR 8.500 für Erwerb Rhenus Life Sciences GmbH & Co. KG
- trans-o-flex Logistics Group GmbH: TEUR 52.950

Ein Teil der Mittelzufuhr in Höhe von TEUR 50.000 erfolgte durch Rückführung der entsprechenden Darlehensschuld der Post fünf Beteiligungs GmbH an die Österreichische Post AG im Wege der Abtretung der Darlehensforderung der Post fünf Beteiligungs GmbH an der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH&Co. KG in gleicher Höhe und dem nachfolgenden Verzicht der Österreichischen Post AG auf diese Forderung.

Post drei Beteiligungs GmbH:

- Post vier Beteiligungs GmbH: TEUR 3.000 für Anteilskauf EBPP GmbH und TEUR 300 für Scanpoint Europe Holding GmbH

Die BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG hat 2009 eine Kapitalerhöhung durchgeführt. In diesem Zusammenhang hat die Österreichische Post AG Anteile an der kapitalgebenden Gesellschaft erhalten. Insgesamt beträgt der Buchwert der Anteile im Zusammenhang mit der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG TEUR 36.400 (31.12.2008: TEUR 56.419).

Insgesamt wurden Ausleihungen in Höhe von TEUR 11.777 (31.12.2008: TEUR 47.465) an Post fünf Beteiligungs GmbH vergeben. Die Ausleihungen sind zur Gänze langfristig.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

mit einer Restlaufzeit von	31.12.2008		31.12.2009	
	TEUR		TEUR	
	bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	173.950	0	162.656	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	19.605	10.835	17.355	23.205
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.133	1.100	2.403	0
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	21.161	4.324	15.667	2.357
	216.849	16.259	198.081	25.562

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 3.970 (31.12.2008: TEUR 2.891) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 36.590 (31.12.2008: TEUR 27.549) enthalten.

Die sonstigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen mit TEUR 2.344 (31.12.2008: TEUR 1.102) auf Steuerumlagen, mit TEUR 9.112 (31.12.2008: TEUR 9.852) auf Gewinnausschüttungen bzw. Ergebnisübernahmen sowie mit TEUR 25.134 (31.12.2008: TEUR 16.595) auf sonstige Verrechnungen und Finanzierungen.

Zum Jahresende wurden pauschal ermittelte Wertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 850 (31.12.2008: TEUR 862) vorgenommen. Die Ermittlung der pauschalen Wertberichtigungen wird im mehrjährigen Jahresrhythmus an den tatsächlichen Schadensverlauf angepasst.

In den sonstigen Forderungen sind Ertragszinsen in Höhe von TEUR 446 (31.12.2008: TEUR 2.400) sowie sonstige übrige Erträge in Höhe von TEUR 4.332 (31.12.2008: TEUR 6.392) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

	31.12.2008	31.12.2009
	TEUR	TEUR
Guthaben bei Kreditinstituten	74.920	4.361
Termingelder	129.820	247.000
Kassenbestände	2.387	2.114
	207.127	253.475

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 28.777 (31.12.2008: TEUR 31.679) gebildet; davon entfallen TEUR 18.586 (31.12.2008: TEUR 18.103) auf vorausbezahlte Bezüge an Mitarbeiter und TEUR 8.870 (31.12.2008: TEUR 9.925) auf Mietzinsvorauszahlungen.

3.5 Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt TEUR 337.763. Es ist in 67,6 Mio. auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien geteilt. Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG ist mit einem Anteil von 52,8% die Österreichische Industrieholding AG, Wien.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde der Vorstand in einer außerordentlichen Hauptversammlung gemäß § 174 Abs. 2 AktG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtauschrecht auf bis zu 35 Mio. Stück Stammaktien der Gesellschaft im Gesamtbetrag von bis zu 175 Mio. EUR verbunden ist, auszugeben. Weiters wurde der Vorstand ermächtigt eine bedingte Kapitalerhöhung des Grundkapitals um bis zu 175 Mio. EUR durch Ausgabe von bis zu 35 Mio. Stück neue auf Inhaber lautende Stückaktien zur Gewährung von Umtauschrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen durchzuführen.

Im Rahmen der am 22. April 2008 abgehaltenen Hauptversammlung wurde der Vorstand ermächtigt, während einer Geltungsdauer von 18 Monaten eigene Aktien im Ausmaß von 10% des Grundkapitals nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und des Börsengesetzes gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 AktG zu erwerben und zum Zwecke der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien gemäß § 192 AktG einzuziehen. Das Aktienrückkaufprogramm, begonnen am 19.08.2008, wurde am 31.12.2008 abgeschlossen. Alle eigenen Aktien (2.447.362 Stk.) wurden am 24.4.2009 eingezogen und damit das Grundkapital herabgesetzt. In der Höhe des Nennwerts der eigenen Anteile wurde eine gebundene Kapitalrücklage eingestellt. Die nicht gebundene Kapitalrücklage beträgt zum 31.12.2009 TEUR 118.300 (31.12.2008: TEUR 118.300); die gesetzliche Gewinnrücklage TEUR 35.000 (31.12.2008: TEUR 35.000).

3.6 Unversteuerte Rücklagen

Die Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen gliedern sich wie folgt:

	01.01.2009	Auflösung	31.12.2009
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Stille Reserve gem. § 12 Abs. 1 EStG</u>			
Grundstücke und Gebäude	10.144	459	9.685
Betriebs- und Geschäftsausstattung	21	3	18
Fahrzeuge	415	98	317
	10.580	560	10.020

Die Rechtsgrundlage für die Zuweisung zu Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen stellt die mit dem Konjunkturpaket 2009 geschaffene Begünstigung einer vorzeitigen Abschreibung für körperliche Anlagegüter im Sinne des § 7a EStG dar. Der Anwendungszeitraum ist auf Anschaffungen, die in den Jahren 2009 und 2010 getätigt werden, begrenzt.

	01.01.2009	Zuweisung	31.12.2009
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Vorzeitige Abschreibung gem. § 7 a EStG</u>			
Technische Anlagen und Maschinen	0	251	251
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	1.073	1.073
Fahrzeuge	0	1.304	1.304
Betriebsanlagen in Bau	0	56	56
	0	2.684	2.684

3.7 Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Stand 1.1.2009	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	Stand 31.12.2009
Rückstellung für	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Abfertigungen	67.150	0	0	3.766	70.916
Steuern	10.088	0	0	22.230	32.318
Jubiläumsgelder	88.703	0	0	2.274	90.977
Nicht konsumierte Urlaube	47.165	20.795	49	19.190	45.511
Betriebsvereinbarung	20.005	13.571	47	38.693	45.080
Noch nicht erbrachte Leistungen	23.489	23.489	0	21.223	21.223
Sonstige Personalkosten	28.757	26.608	1.269	30.049	30.929
Ausstehende Eingangsrechnungen	12.887	10.506	1.954	10.480	10.907
Vorsorge für Unterauslastung	293.788	23.240	84.563	77.228	263.213
Abgeltungsverpflichtung	17.689	1.730	6.799	884	10.044
Übrige sonstige Aufwendungen	19.617	8.404	1.085	4.808	14.936
Sonstige Rückstellungen	552.100	128.343	95.766	204.829	532.820
Rückstellungen gesamt	629.338	128.343	95.766	230.825	636.054

Die im Vorjahr gesondert ausgewiesene Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von TEUR 15.904 wurde in die Rückstellung für Unterauslastung umgegliedert.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 86.123 im Personalaufwand verrechnet.

3.8 Verbindlichkeiten

	31.12.2008			31.12.2009			Gesamt
	TEUR			TEUR			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
mit einer Restlaufzeit von							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.299	5.814	6.750	3.123	2.907	6.750	12.780
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	368	0	0	330	0	0	330
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130.202	127	0	129.053	45	0	129.098
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	34.927	0	0	39.538	0	0	39.538
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	612	0	0	1.046	0	0	1.046
sonstige Verbindlichkeiten	71.197	4.145	1.208	62.752	2.850	1.200	66.802
	240.605	10.086	7.958	235.842	5.802	7.950	249.594

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 3.743 (31.12.2008: TEUR 3.699), aus Steuerumlagen in Höhe von TEUR 212 (31.12.2008: TEUR 112) und sonstigen Verrechnungen mit TEUR 35.583 (31.12.2008: TEUR 31.116).

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 46.174 (31.12.2008: TEUR 49.689) und sonstige übrige Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.227 (31.12.2008: TEUR 1.159) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von insgesamt TEUR 10.791 (31.12.2008: TEUR 11.967) gebildet; davon entfallen TEUR 5.766 (31.12.2008: TEUR 6.246) auf den Nettobarwertvorteil aus dem Cross Border Leasing.

3.10 Sonstige Angaben

3.10.1 Haftungsverhältnisse

Cross Border Leasing

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Österreichische Post AG mit zwei US-Trusts eine Cross Border Leasing-Transaktion abgeschlossen. Die Österreichische Post AG hat diesen beiden Trusts auf 99 Jahre ein Fruchtgenussrecht an Postsortieranlagen in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck gegen Leistung eines „Grant Payments“ von 117 Mio. USD eingeräumt. Gleichzeitig wurde ein Lease Agreement abgeschlossen, in dem die Österreichische Post AG auf 24 Jahre das Nutzungsrecht an diesen Anlagen wieder zurückgemietet hat. Die als Sicherheiten verpfändeten Sachanlagen weisen einen Buchwert von TEUR 20.834 (2008: TEUR 26.147) auf. In diesem Lease Agreement wurde der Österreichischen Post AG auch das Recht eingeräumt, das Fruchtgenussrecht an den Postsortieranlagen entweder mit 1. Jänner 2022 zu einem Fixpreis („EBO Payment Amount“) oder am Ende des Leasingvertrages zum Verkehrswert, mindestens jedoch zum „End of Term Purchase Option Price“ zurückzukaufen.

Die Österreichische Post AG hat ihre Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an zwei Payment Undertaker ausgelagert. Zu diesem Zweck hat die Österreichische Post AG Zahlungen an die Payment Undertaker geleistet (Mio. USD 108,3) und die entsprechende Verbindlichkeit ausgebucht. Die Payment Undertaker haben sich ihrerseits verpflichtet, die entsprechenden Beträge zu den festgesetzten Zahlungsterminen für die Österreichische Post AG zu leisten. Bei der Österreichischen Post AG verbleibt das Restrisiko einer möglichen Inanspruchnahme im Falle einer Insolvenz der Payment Undertaker. Die aufgrund der Abstufung des Ratings eines Payment Undertakers erforderliche zusätzliche Besicherung durch Wertpapiere wurde hinterlegt.

Zum Bilanzstichtag stellt sich das Rating der beiden Payment Undertaker wie folgt dar:

	31.12.2008	31.12.2009
Standard & Poor´s	AA- (Stable) bzw. AA- (Negative)	A+ (Stable) bzw. AA- (Negative)
Moody´s	Aa2 bzw. Aa1 (Negative)	A1 (Negative) bzw. Aa3 (Stable)

Zum 31. Dezember 2009 beläuft sich der von den Payment Undertakern zu leistende Betrag auf TEUR 79.138 (31.12.2008: TEUR 82.317).

Der aus dieser Transaktion der Österreichischen Post AG zugeflossene Nettobarwertvorteil wird unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2009: TEUR 5.766; 31.12.2008: TEUR 6.246) ausgewiesen und verteilt über die Vertragslaufzeit ertragswirksam aufgelöst.

Patronatserklärungen

Die Österreichische Post AG hat durch eine Patronatserklärung vom 22. Dezember 2006 die Sicherstellung für die Rückzahlung des Rahmenkredites der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & Co. KG, Weinheim, Deutschland, gegenüber der Landesbank Baden-Württemberg in Höhe von TEUR 25.000 (aushaftender Betrag zum 31. 12. 2009: TEUR 18.512) übernommen. Ebenso wurde am 2. März 2008 eine Patronatserklärung als Sicherstellung für die Rückzahlung der Kreditlinie über TEUR 10.000 (aushaftender Betrag zum 31. 12. 2009: TEUR 10.000) der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & Co. KG bei der Deutschen Bank AG abgegeben.

Mit 26. Jänner 2007 hat die Österreichische Post AG für ein Darlehen der Post fünf Beteiligungs GmbH über TEUR 95.926 an die trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & Co. KG die Haftung für die rechtzeitige Rückzahlung übernommen. 2009 wurde dieses Darlehen um TEUR 50.000 auf TEUR 45.926 reduziert.

Für Rahmenkredite der Firma meiller direct GmbH, Schwandorf, Deutschland, in Höhe von Mio. CZK 200 (aushaftender Betrag zum 31. 12. 2009: TEUR 7.555) bei der Dresdner Bank AG, München, hat die Österreichische Post AG per 31. Juli 2007 ebenfalls die Haftung für die rechtzeitige Rückzahlung übernommen.

Im Jahr 2009 wurden Haftungen für die tof-Thermomed GmbH & Co KG in Höhe von TEUR 6.000 (aushaftender Betrag 31.12.2009: TEUR 5.728), für die meiller direct GmbH in Höhe von TEUR 4.000 (aushaftender Betrag 31.12.2009: TEUR 2.000), für TOF Belgien in Höhe von TEUR 3.444 (aushaftender Betrag 31.12.2009: TEUR 3.166), für KOLOS s.r.o. in Höhe von TEUR 200 (aushaftender Betrag 31.12.2009: TEUR 200), für trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH in Höhe von TEUR 3.500 (aushaftender Betrag am 31.12.2009: TEUR 917) übernommen. Weiters bestehen sonstige Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen mit einem Betrag von TEUR 2.508.

3.10.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2008	31.12.2009
	TEUR	TEUR
Bestellverpflichtungen für Investitionen	1.337	1.002
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	45.320	44.201
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	7.624	8.074
in den folgenden fünf Jahren (statistisch hochgerechnet)	210.862	211.713
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	38.119	40.369

3.10.3 Derivative Finanzinstrumente

Die Österreichische Post AG hat einen Zins-Swap zur Verminderung des Zinsänderungsrisikos von festverzinslichen Wertpapieren und Finanzverbindlichkeiten abgeschlossen. Die festen Zinssätze lagen im Geschäftsjahr 2009 zwischen 1,516% und 4,948% (2008: 4,948% und 5,921%). Die variablen Zinssätze sind an verschiedene Interbankensätze gebunden.

Die durchschnittlichen variablen Zinssätze, die während der Laufzeit der Swap-Vereinbarung wesentlichen Änderungen unterliegen können, entsprechen den am Bilanzstichtag gültigen Zinssätzen. Der Marktwert für den Zins-Swap entspricht jenem Wert, den die Österreichische Post AG bei Auflösung des Geschäftes am Bilanzstichtag erhalten würde oder zahlen müsste. Hierzu werden die gegenwärtigen Marktverhältnisse sowie das aktuelle Zinsniveau und die Bonität der Swap-Partner berücksichtigt:

Strukturierter-Zins-Swap	31.12.2008	31.12.2009
Nominale in TEUR	5.000	5.000
Marktwert in TEUR	-94,1	336
Durchschnittlich empfangener Zinssatz	5,309%	4,679%
Durchschnittlich zu zahlender Zinssatz	5,396%	2,999%
Durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren	10,8	9,8

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Sicherungsgeschäft gegen Preisschwankungen bei Treibstoffen im Ausmaß von 16.500 metrischen Tonnen (dies entspricht 8 Millionen Liter) abgeschlossen, das ab Jänner 2010 monatlich auf Basis der vereinbarten Mengen und dem monatlichen Durchschnittspreis am Spotmarkt zwischen der Bank und der Österreichischen Post AG abgerechnet wird. Der Marktwert zum Abschlussstichtag entspricht einer Forderung in Höhe von TEUR 464.

3.10.4 Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Im Rahmen des Börsegangs wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG die Einführung aktienbasierter Vergütungsprogramme für Vorstandsmitglieder und ausgewählte Führungskräfte beschlossen. Den Planteilnehmern wurden 2006 Wertrechte mit einer Laufzeit von drei Jahren, 2007 mit einer Laufzeit von zwei Jahren gewährt. Nach dem Ende der Laufzeit beider Vergütungsprogramme im Berichtsjahr wurden keine weiteren mehr angeboten.

4. Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

TEUR	2008	2009
Erlöse Division Brief	1.290.692	1.235.656
Erlöse Division Paket & Logistik	181.596	202.527
Erlöse Division Filialnetz	185.173	181.803
Sonstige Umsatzerlöse	70	46
	1.657.531	1.620.032

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	2008	2009
Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	15.370	23.926
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	12.979	9.643
Erträge aus Mieten und Pachten	25.049	26.812
Abgeltungen von Schadensfällen	2.030	2.186
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	949	1.463
Weiterverrechnete Aufwendungen	11.655	13.327
Übrige	5.224	5.651
	73.256	83.008

4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	2008	2009
Materialaufwand	83.325	78.978
Aufwand für bezogene Leistungen	163.475	179.279
	246.800	258.257

4.4 Personalaufwand

TEUR	2008	2009
Gehälter	770.295	773.978
Aufwendungen für Abfertigungen	15.858	10.811
Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen	1.290	1.395
Aufwendungen für Altersversorgung	416	153
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	201.139	201.296
Sonstige Sozialaufwendungen	7.395	7.145
	996.393	994.778

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr:

	2008	2009
Beamte	12.695	11.980
Angestellte	11.981	11.592
Summe	24.676	23.572
Entsprechende Vollzeitkräfte	22.667	21.598

TEUR	2008	2009
Bezüge an aktive Vorstandsmitglieder	2.399	2.945
Bezüge für Mitglieder des Aufsichtsrates	158	164
	2.557	3.109

4.5 Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung

Die Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung verteilen sich wie folgt:

TEUR	2008	2009
Vorstände	723	280
Leitende Angestellte	64	139
Andere Arbeitnehmer	16.777	11.941
	17.564	12.360

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

TEUR	2008	2009
Steuern, nicht vom Einkommen und Ertrag	5.905	5.997
Übrige	220.923	205.201
	226.828	211.198

Die übrigen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	2008	2009
Miet u. Pacht aufwendungen	47.282	48.105
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	39.881	34.868
EDV-Dienstleistungsaufwand	27.628	25.402
Reiseaufwand	24.534	23.919
Entsorgung und Reinigung	14.085	14.040
Kommunikation und Werbung	15.257	8.413
Beratungsaufwand	10.454	6.923
Personalbereitstellung	7.872	7.638
Versicherungsaufwand	5.032	4.772
Telefonaufwand	4.312	4.084
Abgeltungsverpflichtungen	1.078	900
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	1.210	1.426
Aus- und Fortbildung	1.862	872
sonstige	20.436	23.840
	220.923	205.201

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen an den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.

4.7 Erträge aus Beteiligungen

TEUR	2008	2009
Gewinnausschüttungen	7.232	6.989
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	3.392	2.612
	10.624	9.601

4.8 Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	2008	2009
Aufwendungen für Verlustabdeckung	0	580
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren	405	397
Abschreibungen auf Beteiligungen	38.865	23.700
Abschreibung Wertpapiere	20.000	20.019
	59.270	44.696

4.9 Steuern vom Einkommen

Im Jahre 2009 wurden von den Gruppenmitgliedern positive steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 13.649 (2008: TEUR 9.409) und negative steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 2.471 (2008: TEUR 1.740) an den Gruppenträger Österreichische Post AG überrechnet. Aufgrund dieser Überrechnung ergeben sich positive Steuerumlagen in Höhe von TEUR 3.411 (2008: TEUR 2.349) sowie negative Umlagen im Betrage von TEUR 617 (2008: TEUR 435). Die überwiegende Zuweisung positiver steuerlicher Ergebnisse führte per Saldo zu einer Erhöhung der Körperschaftsteuerbelastung des Gruppenträgers im Ausmaß von TEUR 2.794 (2008: TEUR 1.914).

Der Körperschaftsteueraufwand der Unternehmensgruppe beträgt nach Zurechnung der einzelnen steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder TEUR 42.184 (2008: TEUR 42.355). Nach Berücksichtigung der Steuerumlagen der Gruppenmitglieder ergibt sich für das Unternehmen Österreichische Post AG ein Körperschaftsteueraufwand 2009 in Höhe von TEUR 39.390 (2008: TEUR 40.441). Die Körperschaftsteuerbelastung resultiert ausschließlich aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Im Jahr 2009 gab es steuerpflichtige Auflösungen von un versteuerten Rücklagen in Höhe von TEUR 560 (2008: TEUR 274) sowie Zuweisungen zu un versteuerten Rücklagen in Höhe von TEUR 2.684 (2008: TEUR 0).

Vom Wahlrecht zur Aktivierung von latenten Steuern in Höhe von TEUR 29.520 exklusive Gruppenmitglieder (2008: TEUR 36.828) wurde kein Gebrauch gemacht.

5. Risikomanagement

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Österreichischen Post AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portefeuilleansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, welches Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionsicherheit zu gewährleisten.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt.

Bei der Österreichischen Post AG bestehen klare, schriftliche Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken. Finanzielle Risiken umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken.

Liquiditätsrisiko

Aufgabe der Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmensgruppe. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist-Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktrisiko/Risiko Payment Undertaker

Auf der Aktivseite stellen die ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale Bonitäts- und Ausfallsrisiko dar, da keine generellen Aufrechnungsvereinbarungen bestehen. Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden ohnedies bar bezahlt bzw. einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt haben. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber ausländischen Postgesellschaften, bei denen es sich um Vertragspartner bester Bonität handelt.

Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallsrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Zur Vermeidung von Kreditrisiken werden Finanzkontrakte nur mit Kontrahenten einwandfreier Bonität abgeschlossen. Aus diesem Grund wird das allgemeine Kreditrisiko aus den eingesetzten Finanzinstrumenten für gering gehalten.

Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits. Zur Begrenzung des Ausfallsrisikos bei Anleihen, Schuldverschreibungen und strukturierten Finanzierungen werden nur Papiere von Emittenten mit einem Rating von mindestens A (Moody's bzw. S & P Äquivalent) oder vergleichbarer

Bonität angekauft. Im Wertpapier-Portfolio befinden sich nur Papiere auf Investor Grade Niveau. Als Handelspartner für OTC-Transaktionen bzw. für in strukturierten Geschäften integrierte Transaktionen kommen gleichfalls nur Kontrahenten mit erstklassigen Bonitäten in Frage. Anteile an Investmentfonds werden nur an international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte.

Im Rahmen einer Crossborder Leasing-Transaktion wurde durch eine Einmalzahlung die Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an Payment Undertaker ausgelagert. Als Payment Undertaker wurden Finanzinstitute mit bester Bonität (Qualified Issuer) ausgewählt. Im Falle des Equity Payment Undertakers wurden Mindestratings vereinbart, wobei mit Unterschreiten dieser Grenzen zusätzliche Sicherheiten in Form von Wertpapieren vom Payment Undertaker beizubringen sind und bei weiterem Sinken des Ratings die Verpflichtung besteht, den Equity Payment Undertaker zu wechseln. Damit rechtzeitig auf die jeweilige Situation der Payment Undertaker reagiert werden kann, erfolgt zumindest quartalsweise eine Überprüfung des Ratings der aktuellen Payment Undertaker sowie des Ratings vergleichbarer Kreditinstitute. Zudem ist zu jedem Jahresabschluss von den Payment Undertakern in einer Saldenbestätigung über den planmäßigen Verlauf der Transaktionen zu berichten und die offenen Rückführungsraten bekannt zugeben.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten, anderen Bilanzposten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten.

Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzanlagen und Finanzschulden eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden selektiv auch derivative Instrumente, wie Zins-Swaps eingesetzt. Täglich wird das Finanzportfolio der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

Währungsänderungsrisiko

Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen.

Auf der Aktivseite ergeben sich keine Risiken aus Währungsänderungen, da Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die übrigen originären Finanzinstrumente.

Organisatorische Risiken

Durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z.B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) sind organisatorische Risiken im Finanzbereich, so weit wie möglich, ausgeschaltet.

6. Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates

Vorstand

GD DI Dr. Georg Pölzl (Vorsitzender des Vorstandes seit 01.10.2009)
GD-Stv. Dr. Rudolf Jettmar (Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes;
Vorsitzender des Vorstandes von 01.04.-30.09.2009,)
GD Dr. Anton Wais (Vorsitzender des Vorstandes bis 31.03.2009)
Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz
Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Dipl.-Bwt. (FH) Carl-Gerold Mende

Aufsichtsrat


Dr. Peter Michaelis (Vorsitzender des Aufsichtsrates)
Dipl. Ing. Rainer Wieltsch (Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates)

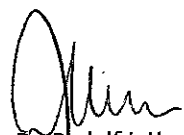
Dieter Bock
Dr. Horst Breitenstein
Dr. Edith Hlawati
Dr. Gerhard Roiss
Dr. Karl Stoss
Dkfm. Hans Wehsely


Gerhard Fritz
Helmut Köstinger
Martin Palensky
Manfred Wiedner

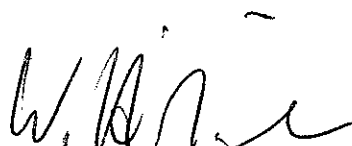
Wien, am 1. März 2010


Der Vorstand


Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Generaldirektor


Mag. Dr. Rudolf Jettmar
Generaldirektor-Stellvertreter


Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz
Vorstandsdirektor


Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsdirektor


Dipl.-Bwt. (FH) Carl-Gerold Mende
Vorstandsdirektor

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2009, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Österreichische Post AG zum 31. Dezember 2009 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 1. März 2010

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Mag. Walter Müller e.h. Mag. Josef Spadinger e.h.
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Renngasse 1/
Freyung
1010 Wien



Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Zusammensetzung des Anlagevermögens zum 31.12.2009
Unternehmensrechtliche Darstellung

TEUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs-/ Herstellungs- 31.12.2009	Abschreibungen (kumuliert) 31.12.2009	Buchwert 31.12.2009	Buchwert 31.12.2008	Abschreibungen im Geschäftsjahr 2009	Zuschreibungen im Geschäftsjahr 2009
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte	46.825	1.898	-18.219	0	30.504	-24.945	6.590	6.590	-2.893	0
	46.825	1.898	-18.219	0	30.504	-24.945	6.590	6.590	-2.893	0
II. Sachanlagen										
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	723.090	5.370	-23.577	524	705.407	-409.827	295.580	319.277	-23.480	0
technische Anlagen und Maschinen	161.301	2.436	-8.372	388	155.753	-112.444	43.309	52.384	-11.471	0
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	219.580	17.652	-16.506	0	220.726	-127.119	93.607	103.570	-26.896	0
geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	8.034	4.391	-182	-912	11.331	0	11.331	8.034	0	0
	1.112.005	29.849	-48.637	0	1.093.217	-649.390	443.827	483.265	-61.847	0
III. Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.028.556	74.100	0	0	1.102.656	-655.976	446.680	396.280	-23.700	0
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	65.926	0	-50.000	0	15.926	-4.148	11.778	47.465	0	0
Beteiligungen	989	0	0	0	989	0	989	989	0	0
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	178.490	16.234	-53.681	0	141.043	-40.019	101.024	137.299	-20.019	1.031
	1.273.961	90.334	-103.681	0	1.260.614	-700.143	560.471	602.033	-43.719	1.031
Gesamt	2.432.791	122.081	-170.537	0	2.384.335	-1.374.478	1.009.857	1.091.888	-108.459	1.031

Lagebericht der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2009

Inhaltsverzeichnis

1.	Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage	2
1.1.	Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen	2
1.2.	Struktur des Unternehmens	3
1.2.1	Division Brief	3
1.2.2	Division Paket & Logistik	3
1.2.3	Division Filialnetz	3
1.3.	Geschäftsverlauf 2009	4
1.3.1	Umsatzentwicklung	4
1.3.2	Gewinn- und Verlustrechnung	5
1.3.3	Vermögens- und Finanzlage	6
1.4.	Bericht über Zweigniederlassungen	7
1.5.	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	7
1.5.1	Cash-Flow	7
1.5.2	Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen	7
1.5.3	Mitarbeiter	7
1.5.4	Gesundheit und Arbeitssicherheit	8
1.5.5	Umwelt	8
1.6.	Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	8
2.	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens und wesentliche Risiken und Ungewissheiten	9
2.1.	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens	9
2.2.	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	10
2.2.1	Struktur der Dienstverhältnisse	10
2.2.2	Technische Risiken	12
2.2.3	Regulatorische und rechtliche Risiken	12
2.2.4	Markt- und Wettbewerbsrisiken	15
2.2.5	Finanzielle Risiken und Verwendung von Finanzinstrumenten	16
3.	Forschung und Entwicklung	17
3.1.	Innovationsmanagement	17
4.	Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	18
4.1.	Kontrollumfeld	18
4.2.	Risikobeurteilung	18
4.3.	Kontrollmaßnahmen	19
4.4.	Information und Kommunikation	19
4.5.	Überwachung	20
5.	Informationen gemäß § 243a UGB	21

1. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

1.1. Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen¹

Das Geschäftsjahr 2009 der Österreichischen Post AG war durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet und stellte das Unternehmen vor neue Herausforderungen. Ein Ende der Krise ist nach nationalen und internationalen Einschätzungen nicht absehbar. Das WIFO erwartet, dass der Rückgang des Bruttoinlandprodukts 2009 in Österreich 3,4% betragen wird. Für den Euro-Raum wird eine Verminderung um 3,9% erwartet.

Die prognostizierte Konjunkturerholung im nächsten Jahr dürfte in Österreich mit 1,5% (WIFO) bzw. 1,3% (IHS) eher moderat ausfallen. Diese Prognosen sind mit einer Reihe von Risiken, wie etwa der niedrigen Kapazitätsauslastung und den Einsparungen vieler Betriebe bei Investitionen behaftet. Das internationale Umfeld birgt ebenfalls noch Risiken für die Konjunkturbelebung. In einigen europäischen Ländern wird auch 2010 mit einem Rückgang gerechnet. Die Entwicklung in Deutschland (IHS: +1,4%) ist ebenfalls noch mit Unsicherheiten behaftet.

Die derzeit prognostizierte Erholung für 2010 bleibt zu gering, um einen nachhaltigen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Das Budgetdefizit in Österreich wird sich als Folge der staatlichen Konjunkturprogramme und der Verringerung der Steuereinnahmen im Jahr 2010 erhöhen. Dadurch könnte es im Einklang mit EU-weiten Bestrebungen zu Einsparungen öffentlicher Institutionen kommen. Der Anstieg der Verbraucherpreise 2009 dürfte in Österreich bei 0,5%, 2010 bei 1,3% liegen.

Für die Entwicklung des Brief- und Paketmarktes sind neben der Wirtschaftsleistung auch die Bevölkerungsentwicklung und die Zunahmen der Anzahl der Haushalte eines Landes von Bedeutung. In Österreich ergab sich mit 0,3% (Statistik Austria) 2009 ein leichtes Bevölkerungswachstum.

Der Trend der Substitution des physischen Versands von Briefen durch elektronische Medien wird weiterhin bestehen bleiben.

Die Paketmengen konnten in Österreich aufgrund der gestiegenen Bedeutung von Online-Shopping weiter erhöht werden. Das Fracht- und Expressgeschäft musste rezessionsbedingt Rückgänge verzeichnen. Die Entwicklung der Sendevolumina im internationalen Paket- und Frachtgeschäft wird wesentlich von der Wirtschafts- und der Preisentwicklung beeinflusst.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung verursacht auch Veränderungen am Werbemarkt, der für das Transportvolumen der Post bedeutend ist. Es wird erwartet, dass – im Gegensatz zu anderen Werbekanälen – weiterhin eine positive Entwicklung der Direct Mailings zu Endkunden bestehen bleibt. Das 2009 im Nationalrat verabschiedete Postmarktgesetz, welches 2011 in Kraft tritt, schafft die

¹ Quelle: IHS, Statistik Austria, UniCredit Research, WIFO

Voraussetzungen für geregelte Rahmenbedingungen in Österreich. Durch das neue Postmarktgesetz werden der Universaldienst, die Pflichten des Universaldienstbetreibers, die Postdienste und die Post- und Regulierungsbehörden geregelt.

1.2. Struktur des Unternehmens

1.2.1 Division Brief

Die Division Brief umfasst drei Geschäftsfelder: Briefpost, Infomail und Medienpost. Das Kerngeschäft besteht aus dem weltweiten Versand von Briefen und Postkarten, der Annahme und Zustellung von adressierten und unadressierten Werbesendungen, Zeitungen und Zeitschriften, der Zustellung von Sendungen aus der ganzen Welt an jeden Adressaten in Österreich sowie umfangreichen Service- und Zusatzleistungen aus dem Direct Marketing Bereich und dem Poststellenmanagement.

Die schlechte Wirtschaftslage wirkte sich 2009 negativ auf das Sendungsvolumen in der Division Brief aus. Einerseits durch eine beschleunigte Substitution von Briefen durch elektronische Medien und andererseits durch reduzierte Ausgaben vieler Unternehmen für Werbeaussendungen.

1.2.2 Division Paket & Logistik

Das Kerngeschäft der Division Paket & Logistik besteht in der Annahme, Beförderung und Zustellung von Paketen und Paletten. Ergänzt wird es durch ein auf die jeweiligen Märkte und Kunden zugeschnittenes Dienstleistungsangebot.

Der Paket- bzw. Logistikmarkt war im Jahr 2009 von rezessionsbedingten Volumensrückgängen und Preisdruck gekennzeichnet. Speziell der Business-to-Business(B2B)-Bereich zeigte eine hohe Abhängigkeit von der allgemeinen Wirtschaftslage. Im Privatkundenbereich konnten durch gestiegene Internetbestellungen weiterhin Zuwächse erzielt werden.

1.2.3 Division Filialnetz

Die Österreichische Post AG bietet ihr Dienstleistungsangebot derzeit in 1.580 eigenen und fremdbetriebenen Postgeschäftsstellen an. Weitere 350 Servicestellen stehen zusätzlich zur Verfügung. Darüber hinaus nimmt die Österreichische Post AG eine führende Position im Vertrieb von Telekommunikationsprodukten (Mobil- und Festnetztelefone) ein und betreibt gemeinsam mit der BAWAG PSK Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft eines der größten Bankennetze Österreichs.

Rückläufige Brief- und Paketmengen, die über das Filialnetz angenommen werden, sowie leicht rückläufige Tendenzen im Geschäft mit Finanz- und Telekomdienstleistungen wirkten sich 2009 auf das Ergebnis der Division Filialnetz aus.

1.3. Geschäftsverlauf 2009

1.3.1 Umsatzentwicklung

Das Geschäftsjahr 2009 der Österreichischen Post AG war insbesondere von Volumensrückgängen in der Division Brief, getrieben durch die elektronische Substitution sowie einem Preisdruck bei Werbesendungen, gekennzeichnet.

Die Verteilung des Umsatzes auf die einzelnen Divisionen zeigt die hohe Bedeutung der Division Brief, auf die ein Anteil von 76,3% vom Gesamtumsatz entfällt. Die Division Paket & Logistik trug mit 12,5% zum Umsatz bei. Die Division Filialnetz erwirtschaftete 11,2% vom Gesamtumsatz.

Außenumsatz nach Divisionen

Mio. EUR	2008	2009	Veränderung 2008/2009
Brief	1.290,7	1.235,7	-4,3%
Paket & Logistik	181,6	202,5	+11,5%
Filialnetz	185,2	181,8	-1,8%
Umsatz gesamt	1.657,5	1.620,0	-2,3%

Umsatz Division Brief nach Geschäftsfeldern

Mio. EUR	2008	2009	Veränderung 2008/2009
Briefpost	776,1	736,7	-5,1%
Infomail	379,7	365,5	-3,7%
Medienpost	134,9	133,5	-1,0%

Die Division Brief verzeichnete 2009 einen Umsatzrückgang um 4,3% auf 1.235,7 Mio. EUR. Der stärkste Rückgang erfolgte im Geschäftsfeld Briefpost auf 736,7 Mio. EUR. Das Geschäftsfeld Infomail verzeichnete aufgrund von Einsparungen von Unternehmen bei Werbesendungen einen Rückgang um 3,7% auf 365,5 Mio. EUR. Ebenso verringerte sich der Umsatz des Geschäftsfeldes Medienpost um 1,0% auf 133,5 Mio. EUR.

In der Division Paket & Logistik konnte der Umsatz 2009 um 11,5% auf 202,5 Mio. EUR gesteigert werden. Der Anstieg beruht auf Marktanteilsgewinnen bei Business to Business (B2B)-Kunden. Im Filialnetz ist der Umsatz rezessionsbedingt um 1,8% auf 181,8 Mio. EUR gesunken.

1.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Österreichischen Post AG für 2009 zeigt folgendes Bild:

Mio. EUR	2008	2009	Veränderung 2008/2009	in %
Umsatzerlöse	1.657,5	1.620,0	-2,3%	100,0%
sonstige betriebliche Erträge	73,3	83,0	13,2%	5,1%
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-246,8	-258,3	-4,7%	15,9%
Personalaufwand	-996,4	-994,8	+0,2%	61,4%
sonstige betriebliche Aufwendungen	-226,8	-211,2	+6,9%	13,0%
Beteiligungsergebnis	-28,2	-14,7	+47,9%	0,9%
EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)	232,5	224,1	-3,6%	13,8%
Abschreibungen	-75,9	-64,7	+14,8%	4,0%
EBIT (Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit)	156,6	159,4	+1,8%	9,8%
sonstiges Finanzergebnis	-2,9	0,3	110,3%	0,0%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	153,7	159,7	+3,9%	9,9%
Steuern	-40,4	-39,7	+1,7%	2,5%
Jahresüberschuss	113,3	120,0	+5,9%	7,4%

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Wesentlichen durch erhöhte Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen auf 83,0 Mio. EUR.

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von 61,4% an den Umsatzerlösen der größte Aufwandsposten der Österreichischen Post AG und ist im Berichtszeitraum um 0,2% auf 994,8 Mio. EUR gesunken.

Der Materialaufwand einschließlich des Aufwandes für bezogene Leistungen erhöhte sich um 4,7% auf 258,3 Mio. EUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 6,9% auf 211,2 Mio. EUR. Einsparungen erfolgten unter anderem bei Beratungs- und Kommunikationsaufwand.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen der Österreichische Post AG beliefen sich 2009 auf 64,7 Mio. EUR. Dies ist ein Anteil von 4,0% am Umsatz. Der Rückgang ist auf geringere außerplanmäßige Abschreibungen sowie rückläufige Abschreibungen auf Gebäude zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) der Österreichischen Post AG verbesserte sich 2009 um 1,8% auf 159,4 Mio. EUR. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) betrug im Geschäftsjahr 2009 159,7 Mio. EUR. Es liegt damit um 3,9% über Vorjahresniveau. Nach Abzug von Steuern im Ausmaß von 39,7 Mio. EUR ergibt sich für 2009 ein Jahresüberschuss in Höhe von 120,0 Mio. EUR (+5,9% gegenüber dem Vorjahr). Unter Berücksichtigung der Zuweisung und Auflösung von un versteuerten Rücklagen sowie des Gewinnvortrages beträgt der Bilanzgewinn 120,8 Mio. EUR.

1.3.3 Vermögens- und Finanzlage

Bilanzstruktur der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2009

Aktiva	%	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Passiva
Sachanlagevermögen und immaterielles Vermögen	29,3%	449,4	624,1	40,7%	Eigenkapital
Finanzanlagen	36,6%	560,5	12,7	0,8%	Unversteuerte Rücklagen
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	17,6%	269,8	636,0	41,5%	Rückstellungen
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	16,5%	253,5	260,4	17,0%	Verbindlichkeiten u. Rechnungsabgrenzungsposten
Bilanzsumme	100,0%	1.533,2	1.533,2	100,0%	Bilanzsumme

Die Österreichische Post AG folgt einer risikoaversen Geschäftsgebarung. Dies zeigt sich an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und dem hohen Zahlungsmittelbestand.

Das Sachanlagevermögen und die Immateriellen Vermögensgegenstände verringerten sich gegenüber 2008 um 40,5 Mio. EUR auf 449,4 Mio. EUR. Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke und Bauten mit einem Buchwert von 295,6 Mio. EUR sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 93,6 Mio. EUR.

Die Finanzanlagen beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 162,7 Mio. EUR (2008: 173,9 Mio. EUR) sowie Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 40,6 Mio. EUR (2008: 30,4 Mio. EUR). Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten hat sich im Geschäftsjahr 2009 von 207,1 Mio. EUR auf 253,5 Mio. EUR erhöht.

Auf Basis des Eigenkapitals von 624,1 Mio. EUR und der unversteuerten Rücklagen von 12,7 Mio. EUR ergibt sich zum 31. Dezember 2009 eine Eigenkapitalquote von 41,5% (2008: 43,2%).

Die Rückstellungen in Höhe von 636,0 Mio. EUR (2008: 629,3 Mio. EUR) sind größtenteils langfristig und beinhalten unter anderem Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Für Personalaufwendungen von Mitarbeitern, die unkündbar sind und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können, wurde mit einer Rückstellung für Unterauslastung vorgesorgt.

Die Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten der Österreichischen Post AG in Höhe von 260,4 Mio. EUR gingen gegenüber dem Vorjahr um 3,8% zurück.

1.4. Bericht über Zweigniederlassungen

Die Österreichische Post AG unterhält keine Zweigniederlassungen.

1.5. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.5.1 Cash-Flow

Mio. EUR	2008	2009
Cash-Flow aus dem Ergebnis	199,9	174,7
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	+9,1	+34,7
Cash-Flow aus Geschäftstätigkeit	208,9	209,4
+/- Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-2,7	+16,8
Free Cash-Flow	206,2	226,2
+/- Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-261,1	-179,9
Nettoveränderung liquider Mittel	-54,8	46,3

1.5.2 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2008	2009
EBITDA-Marge ¹⁾	14,0%	13,8%
EBIT-Marge ²⁾	9,5%	9,8%
ROE ³⁾	18,1%	23,3%
ROCE ⁴⁾	19,5%	20,5%
Capital Employed ⁵⁾	783,2 Mio. EUR	771,1 Mio. EUR

¹⁾ EBITDA-Marge = EBITDA/Umsatz

²⁾ EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

³⁾ Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenmittel zum 1.1. abzüglich Dividende

⁴⁾ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

⁵⁾ Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagevermögen + assoziierte Unternehmen + Vorräte + Forderungen – unverzinsliches Fremdkapital (Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, erhaltene Anzahlungen, Passive Rechnungsabgrenzung und sonstige Verbindlichkeiten)

1.5.3 Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand der Österreichischen Post AG reduzierte sich 2009 um 1.069 (minus 4,7%) auf 21.598 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist in der Division Brief beschäftigt.

Mitarbeiter nach Divisionen ¹⁾

	2008	2009	in %
Brief	14.433	13.877	64,2%
Paket & Logistik	1.600	1.461	6,8%
Filialnetz	4.843	4.614	21,4%
Sonstiges	1.791	1.645	7,6%
Gesamt	22.667	21.598	100,0%

¹⁾ Jahresdurchschnitt, in Vollzeitkräften

Die Österreichische Post AG hat in den letzten Jahren den Frauenanteil ihrer Belegschaft laufend erhöht. Dieser beträgt derzeit ca. 30%. Im Filialnetz sind rund 48% Frauen beschäftigt. Ungefähr 30% der Mitarbeiter sind unter 40 Jahre alt. Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten der Österreichischen Post AG liegt bei rund 41 Jahren.

1.5.4 Gesundheit und Arbeitssicherheit

Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz sowie betriebliche Gesundheitsförderung sind Schlüsselemente unserer Unternehmenspolitik. Motivierte Mitarbeiter sind Basis unseres auf menschlicher Arbeitskraft aufgebauten Logistikkonzepts, das den bestmöglichen Service für unsere Kunden gewährleistet. Eine gesunde und sichere Arbeitsumgebung ist dafür eine unabdingbare Voraussetzung. Wir streben eine betriebliche Gesundheitsförderungs- und Arbeitssicherheitskultur als integralen Bestandteil aller in unserem Unternehmen zu verrichtenden Tätigkeiten an und bekennen uns zu unserer sozialen Verantwortung auch in Bezug auf das Wohlbefinden unserer Mitarbeiter.

1.5.5 Umwelt

Die Österreichische Post AG bekennt sich zu ihrer Verantwortung, einen Beitrag zum schonungsvollen Umgang mit Ressourcen zu leisten. Wo technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll werden umwelt- und ressourcenschonende Maßnahmen gesetzt. Die Optimierung der Transportlogistik und die damit verbundene Entlastung der Umwelt und der Transportkosten. Die derzeitige Erprobung von erdgasbetriebenen sowie elektrobetriebenen Fahrzeugen wird zukünftig einen Beitrag zu einem geringeren Treibstoffverbrauch und zu einer Reduktion des CO₂-Ausstoßes leisten. Die Zentralisierung der Sammlung und Verwertung von Altpapier, Kartonagen und Kunststoff reduzierte die Entsorgungskosten.

1.6. Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine besonderen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

2. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens und wesentliche Risiken und Ungewissheiten

2.1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung des Jahres 2009 hat gezeigt, dass die Wirtschaftskrise ein wesentlicher Belastungsfaktor für die Österreichische Post AG war. Einerseits entstand rezessionsbedingter Druck auf Brief- und Paketumsätze, andererseits wirkte die Krise als Katalysator und beschleunigte den bestehenden Trend der Substitution von Briefen durch elektronische Medien.

Die Österreichische Post AG geht daher für 2010 davon aus, dass die Umsätze in der Division Brief primär bedingt durch elektronische Substitution – weiter rückläufig sein werden. In der Division Paket & Logistik wird aufgrund der sich verbessernden internationalen Rahmenbedingungen mittelfristig mit einem Wachstum gerechnet.

Im Programm „Post@2011“ hat das Unternehmen eine Reihe strategischer Ziele und operativer Maßnahmen definiert, um sowohl umsatzseitige Wachstumschancen zu nutzen, als auch kostenseitige Einsparungspotentiale zu realisieren. Ziel ist es, die Gesamtkosten des Konzerns weiter nachhaltig zu senken und eine hohe Ertragskraft zu erhalten.

Die Österreichische Post hat vier Kernstrategien definiert:

- **Verteidigung der Marktführerschaft im Kerngeschäft**

In Österreich ist die Österreichische Post AG unangefochtener Marktführer – sowohl im Briefgeschäft als auch in der Beförderung und Zustellung von Paketen, insbesondere an private Empfänger. Im Jahr 2009 ist es gelungen trotz Rezession und hartem Preiswettbewerb in vielen Segmenten Marktanteile zu gewinnen. Diese Position soll auch in der Zukunft abgesichert werden. Im Besonderen gilt dies für den Briefmarkt, der mit 2011 zur Gänze liberalisiert wird.

- **Wachstum in definierten Märkten**

Ergänzend zu ihrem Kerngeschäft wird die Österreichische Post AG bestehendes Potenzial in Wachstumssegmente nutzen: Im Vordergrund steht hier das Paket- und Logistikgeschäft, das mit Fokus auf Kombifracht, temperaturgeführte Logistik und B2B/B2C-Paket sowohl in Österreich und Deutschland als auch in Süd-/Osteuropa weiter ausgebaut werden soll. Im Geschäftsfeld Brief setzt die Post in erster Linie auf Mehrwertdienste entlang der Wertschöpfungskette und auf den weiteren Ausbau Ihrer Aktivitäten in Süd-/Osteuropa. Im Filialnetz werden Wachstumspotenziale im Vertrieb von Bank- und Telekomdienstleistungen erschlossen.

- Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Kostenstruktur

Zur Festigung der klaren Kostenführerschaft in Österreich plant die Österreichische Post AG eine weitere deutliche Steigerung ihrer Effizienz in Logistik und Zustellung. Die stetige Verbesserung der Netzwerkinfrastruktur, der weitere Umbau des Filialnetzes in Richtung unternehmerischer Modelle, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle sowie eine gezielte Reduktion der Verwaltungskosten und des gesamten Sachaufwands stellen wesentliche Stoßrichtungen dar.

- Kundenorientierung und Innovation

Nur mit attraktiven Angeboten, die den konkreten Anforderungen der Kunden entsprechen, kann die Österreichische Post AG langfristig erfolgreich sein. Deshalb setzt das Unternehmen neben Komplexitätsreduktion in ihrem Kerngeschäft auf gezielte Innovation im Leistungsangebot sowie auf eine umfassende Serviceoffensive. Hierzu zählt unter anderem eine Online-Initiative, mit der die Convenience bei klassischen Postdienstleistungen erhöht und neue digitale Produkte im Bereich elektronischer Post angeboten werden.

2.2. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

2.2.1 Struktur der Dienstverhältnisse

Ein Großteil der Mitarbeiter der Österreichischen Post AG steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechtes. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Durch die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen kann es bei einem Großteil der Belegschaft zu keiner Kapazitätsanpassung im Falle von Mengenverlusten kommen. Darüber hinaus ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell niedrigere Marktkonditionen möglich. Das Beamtendienstrecht führt insgesamt zu einer geringen Kostenflexibilität. Die Österreichische Post AG ist im Zuge der Vorbereitung auf den liberalisierten Markt immer mehr mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihr zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine besondere Rolle ein.

Aus Änderungen des Poststrukturgesetzes 1996 und den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechtes können sich für die Österreichische Post AG - soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation der Österreichischen Post AG Rücksicht nehmen - zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen das Unternehmen keinen Einfluss hat.

Der österreichische Gesetzgeber hat vorgesehen, dass die für Beamte auf Bundesebene 2008 getroffene Pensionskassenregelung sinngemäß auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anzuwenden wäre, was gegebenenfalls einen erhöhten Personalaufwand für die Österreichische Post AG bedeuten könnte, falls diese Regelung tatsächlich auf die Gesellschaft anzuwenden ist.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Ebenso können aus unterschiedlichen Interpretationen des Poststrukturgesetzes weitere Risiken grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, wobei nach derzeitigem Kenntnisstand keine weiteren Ansprüche gegenüber der Post durchsetzbar sein sollten.

Zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Mitarbeiter wurden umfassende Maßnahmen gesetzt. Darüber hinaus wurde eine besondere Betriebsvereinbarung zur Milderung der Folgen von Restrukturierungsmaßnahmen abgeschlossen. Der Strukturthematik im Bereich der Bediensteten begegnet die Österreichische Post AG mit zunehmend flexibleren Arbeitsprozessen und Arbeitszeitmodellen.

Die Österreichische Post AG bedient sich – wie in der Brief-, Paket-, Zeitungszustell- und Werbemittelverteilbranche üblich – zur Beförderung und Zustellung von Sendungen selbstständiger Subunternehmer. Die Qualifikation der Tätigkeit dieser Subunternehmer als selbstständig ist immer im Rahmen eines beweglichen Systems gradueller Kriterien vorzunehmen, und zwar in einer Gesamtbetrachtung der Merkmale nach Zahl und Gewicht. Dies setzt voraus, dass auf eine Einzelfallbetrachtung abzustellen ist. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die zuständigen Gerichte und Verwaltungsbehörden einzelfallbezogen die Unzulässigkeit dieser Form der Beschäftigung feststellen sowie Verwaltungsstrafen aussprechen, und darüber hinaus andere verwaltungs-, insbesondere gewerberechtliche Sanktionen auferlegen.

2.2.2 Technische Risiken

Die Österreichische Post AG ist in hohem Maße auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Im Rechenzentrumsbetrieb wird eine Outsourcing-Strategie verfolgt. Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um ihr Verteilnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Weiters ist nicht absehbar, ob es im Vorfeld der für die Vorbereitung auf den liberalisierten Markt durchzuführenden Umstrukturierungen zu kurz- oder längerfristigen kollektiven Arbeitsniederlegungen seitens der Belegschaft kommt. Sollten technische Systeme vorübergehend oder endgültig ausfallen, oder sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen, oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zu Verlust von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen. Zur Bewältigung dieser technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen, Prozesse und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen. Durch Vertragsgestaltung und Servicelevelmanagement wird die Verfügbarkeit der outgesourcten Tätigkeiten abgesichert. Unsere Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

2.2.3 Regulatorische und rechtliche Risiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet einen erheblichen Teil ihres Umsatzes im reservierten Postdienst. Die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes ist für 1.1.2011 vorgesehen. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Zeitraum nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem im Dezember 2009 verlautbarten Postmarktgesetz neu geregelt, welches (größtenteils) mit 1.1.2011 in Kraft treten wird. Dieses Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post AG.

Die Österreichische Post AG ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Aufsichtsverfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post AG – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet wird.

Als Abgeltung für diese kostenintensive Verpflichtung wurde der Gesellschaft der reservierte Postdienst übertragen. Das Postmarktgesetz sieht nunmehr vor, dass die Gesellschaft – als einziger Postdiensteanbieter in Österreich – auch nach vollständiger Freigabe des reservierten Dienstes mit 31.12.2010 zur umfassenden Erbringung des Universaldienstes verpflichtet sein wird. Der Ersatz der Universaldienstnettokosten wird dann über einen Ausgleichsfonds abgewickelt werden, wobei die Last der Kostentragung zwischen der Gesellschaft und den anderen konzessionierten Postdiensteanbietern nach Marktanteilen geteilt wird. In diesen Ausgleichsfonds müssen nur solche konzessionierten Postdiensteanbieter einzahlen, deren Jahresumsätze aus der konzessionierten Tätigkeit 1 Million Euro übersteigen. Zudem werden der Gesellschaft nur soweit Universaldienstnettokosten ersetzt, als diese 2% der jährlichen Gesamtkosten der Gesellschaft übersteigen. Davon ausgehend, dass die Gesellschaft auch nach der Marktöffnung einen beträchtlichen Marktanteil innehaben wird, muss die Österreichische Post AG den überwiegenden Teil der Universaldienstnettokosten und die Administration des Ausgleichsfonds selbst finanzieren.

Weiters verpflichtet das Postmarktgesetz die Österreichische Post AG, dass sie bestehende Hausbrieffachanlagen im Zeitraum vom 1.1.2011 bis 31.12.2012 derart umrüstet, dass sie auch für den Mitbewerb zugänglich sind. Die dadurch entstehenden Umrüstkosten sind zwischen der Österreichischen Post AG und den konzessionierten Postdiensteanbietern zu 90% im Verhältnis der Marktanteile und nur zu 10% nach der Zahl der konzessionierten Postdiensteanbieter aufzuteilen. Geht man von einem hohen Marktanteil aus, wird die Österreichische Post AG den Großteil der Umrüstkosten selbst tragen müssen.

Sofern es infolge der Liberalisierung zu keiner Gleichbehandlung im Hinblick auf Beschäftigungsverhältnisse und gesetzliche Leistungsanforderungen zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern und zu keiner adäquaten Abgeltung des Universaldienstes kommt, ist eine signifikante Ergebnisbelastung für die Österreichische Post AG nicht auszuschließen.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Post AG nimmt die Thematik der Liberalisierung im Dialog mit allen Stakeholdern großen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post AG geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten auf Teilleistungen der Österreichischen Post zurückgreifen. Dies könnte ebenfalls zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Im Hinblick auf die einschlägige EuGH-Rechtssprechung kann davon ausgegangen werden, dass die Umsatzsteuerbefreiung der Österreichischen Post AG im Zusammenhang mit der Erbringung von Postdiensten teilweise aufgehoben werden wird. In diesem Fall wird das Unternehmen einerseits versuchen, die Preisstruktur kundenseitig zu adaptieren – wobei die marktmäßige Durchführbarkeit nicht sichergestellt ist. Es können sich somit negative Umsatzentwicklungen ergeben, insbesondere bei Kundengruppen, die nicht zum Abzug der Vorsteuer berechtigt sind. Profitieren wird die Österreichische Post AG jedoch durch eine wesentliche Erhöhung der verrechenbaren Umsatzsteuer-(Vorsteuer)-Beträge.

Mit zunehmender Liberalisierung des Postmarktes könnte die Österreichische Post AG gezwungen sein, für bestehende Betriebsanlagen nachträglich gewerberechtliche Genehmigungen zu beantragen.

Die Österreichische Post AG unterliegt in der Preisfestsetzung im Universaldienst einschließlich des reservierten Bereichs rechtlichen Einschränkungen. Die Entgelte für die betroffenen Leistungen bedürfen entweder einer vorherigen Genehmigung, oder unterliegen einer nachträglichen Kontrolle. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren.

Seit 1. Jänner 2008 haben die Post-Control-Kommission und die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH in Umsetzung der Postgesetz-Novelle 2006 die Funktion der Regulierungsbehörde vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie übernommen. Die Kompetenzen der Regulierungsbehörde sind zwar unverändert, es könnten aber in der Vollziehung der maßgeblichen Regelungen des Postgesetzes Unterschiede zur bisher gängigen Praxis auftreten. So befindet sich die Österreichische Post AG derzeit in einer rechtlichen Auseinandersetzung über die Befugnisse der Post-Control-Kommission im Zusammenhang mit der Rabattgewährung, da diese ihre Zuständigkeit weiter auslegt, als es der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie getan hat. Der Ausgang dieser rechtlichen Auseinandersetzung könnte sich gegebenenfalls auf die Eigenständigkeit der Österreichischen Post bei der Rabattgewährung einschränkend auswirken.

Im europäischen Verkehr drängt das Abrechnungssystem nach dem „Agreement for the Remuneration of Mandatory Deliveries of Cross-Border Mails“ (REIMS III und IV) das Abrechnungssystem des Weltpostvereins zurück. Bei REIMS III und IV handelt es sich um eine Vereinbarung über Endvergütungen im grenzüberschreitenden Postdienst, dem 23 europäische Postunternehmen angehören. Die Parteien des REIMS III und REIMS IV gehen davon aus, dass diese Vereinbarung – wie ihre Vorgängerregelung (REIMS II) - gemäß Art. 81 (3) EG-Vertrag vom Kartellverbot freigestellt ist.

Die Abrechnung des grenzüberschreitenden Postdienstes mit den Postgesellschaften in den anderen EU-Ländern setzt bi- oder multilaterale Vereinbarungen mit diesen voraus.

Über das regulatorische Umfeld im Postmarkt hinaus muss die Österreichische Post AG im Rahmen ihres ordentlichen Geschäftsbetriebs eine Vielzahl von rechtlichen Beschränkungen beachten. So sind die vertraglichen und faktischen Gestaltungsspielräume des Unternehmens etwa durch wettbewerbsrechtliche Regelungen eingeschränkt. Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken der Österreichischen Post AG war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern und Kunden.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist die Österreichische Post AG bestrebt, in ihren Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um ihren Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erzielen. Darüber hinaus beabsichtigt die Österreichische Post AG vermehrt Umsätze im bereits liberalisierten Bereich zu erwirtschaften.

2.2.4 Markt- und Wettbewerbsrisiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet den überwiegenden Teil ihres Umsatzes in Österreich. Sollte das Wirtschaftswachstum in Österreich weiter nachlassen, könnte dies zu einer Abschwächung der Nachfrage führen. Sollten sich die derzeitigen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, so könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und dem Geschäftsmodell könnte die Planungssicherheit entzogen werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil des Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen der Großkunden ist wesentlich für die stabile Entwicklung der Österreichischen Post AG. Großkunden sind vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen von der Österreichischen Post AG befördern zu lassen und könnten sich entscheiden, mittelfristig einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post AG zur Zustellung zu übergeben.

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch E-Mail oder andere elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wurde durch die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre beschleunigt und wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung kann zu nicht unerheblichen Volumensrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Der Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmenden Wettbewerb gekennzeichnet. Insbesondere das Business-to-Consumer (B2C)-Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post AG eine führende Stellung am österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Kundensegments und zum anderen vom sich durch das etwaige Auftreten weiterer alternativer

Anbieter verschärfenden Wettbewerb abhängig, sodass ein entsprechender Umsatzausfall nicht ausgeschlossen werden kann. Das Unternehmen ist bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Dem Mengenrückgang infolge von E-Mail-Substitution wird durch neue Produkte und Dienstleistungen, etwa im Bereich Infomail oder im Business-to-Business (B2B)-Geschäft und vor allem entlang der Wertschöpfungskette, entgegengewirkt.

Weiters kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post AG zugestellt wird. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

Ein Bestandteil der Strategie der Österreichischen Post AG ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die zukünftige Rentabilität dieser Projekte ist in hohem Maße vom Investitionsvolumen bzw. von den Akquisitionspreisen sowie politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Faktoren abhängig. Alle Investitionsmaßnahmen müssen daher strikten finanziellen Kriterien gerecht werden.

In der Division Filialnetz sind die Erträge aus Finanzdienstleistungen von der weiteren Marktentwicklung der Zinsmargen und vom Markterfolg des Kooperationspartners BAWAG PSK Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, die Erträge im Kommunikationsgeschäft vom Markterfolg des Kooperationspartners Telekom Austria AG abhängig.

Insgesamt kann sich das geringere Wirtschaftswachstum belastend auf die Volumens- und Marktentwicklung bei Briefen, Werbesendungen und Paketen auswirken. Somit kann die wirtschaftliche Entwicklung unseres Unternehmens an Dynamik verlieren.

2.2.5 Finanzielle Risiken und Verwendung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Risiken der Österreichischen Post AG umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kredit-/Kontrahenten- und Produktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken. Eine detaillierte Darstellung der finanziellen Risiken, der Verwendung von Finanzinstrumenten und des Umfangs von Sicherungsgeschäften findet sich im Anhang zum Jahresabschluss der Österreichische Post AG.

3. Forschung und Entwicklung

Als reines Dienstleistungsunternehmen verfügt die Österreichische Post AG über keine nennenswerten Forschungsaktivitäten.

3.1. Innovationsmanagement

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte, die den Bedürfnissen der Kunden entgegenkommen. Die Österreichische Post AG hat im Geschäftsjahr 2009 eine Vielzahl derartiger Lösungen umgesetzt. Um den Ausbau der Finanzdienstleistungen in den Postfilialen, durch junge, motivierte MitarbeiterInnen zu unterstützen, bildet die Österreichische Post AG in Zusammenarbeit mit der Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG seit 2009 Banklehrlinge aus.

Die Innovationen auf dem Gebiet der Digitalisierung von Postsendungen werden von Geschäftskunden verstärkt nachgefragt.

Im Bereich Paket & Logistik ist im laufenden Jahr mit der Lösung „Business Cockpit“ ein Online-Qualitätstool eingeführt worden, das unseren Geschäftskunden unter anderem eine Auswertung der Laufzeiten sowie die Erstellung von Statistiken über Mengen und Gewicht der Sendungen ermöglicht.

Durch die kontinuierliche Verbesserung der Betriebsmittel konnten Kosten signifikant eingespart werden und gleichzeitig der Arbeitsalltag für Mitarbeiter in Hinsicht auf Komfort und Gesundheit verbessert werden. Innovationsmanagement bedeutet dabei für die Österreichische Post AG auch das Schaffen von Rahmenbedingungen, wie etwa einer offenen Unternehmenskultur, die nachhaltig Innovationen ermöglichen.

4. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem der Österreichischen Post AG im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, sowie der Einhaltung rechtlicher Vorschriften. Die klare Definition von Verantwortungsbereichen sowie systematische Kontrollen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung und gewährleisten eine ordnungsmäßige Rechnungslegung.

4.1. Kontrollumfeld

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Finanz- und Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt und die Aufgaben und Verantwortungen geteilt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie dezentraler Datenerfassungsstellen zusammen.

Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post AG.

Sämtliche Belege werden am Sitz der Gesellschaft elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangsrechnungen werden in der zentralen Scannstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Der Ablauforganisation der monatlichen Bilanzerstellung liegt ein strikter Terminplan zugrunde. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Im Zuge der Bilanzierung melden die Verantwortlichen der Organisationseinheiten monatlich bilanzierungsrelevante Sachverhalte, für die im Unternehmen noch keine Belege vorliegen. Zusätzlich werden, um eine Vollständigkeit der Abschlüsse zu gewährleisten, in Durchsprachen mit den Divisionsleitern, den Leitern der Informationstechnologie und des Corporate Real Estate, die wesentlichen bilanziellen Themen und Sachverhalte erörtert.

4.2. Risikobeurteilung

Die Risiken im Bereich Rechnungslegung umfassen die nicht vollständige Erfassung von bilanzierungsrelevanten Sachverhalten, Fehler in der Belegerfassung, Bewertungsfehler durch falsche Einschätzung von mit Unsicherheit behafteten Ereignissen bzw. fehlerhafte Berechnungen, unrichtiger Ausweis sowie verspätete Bilanzerstellung und Datenzugriff von unberechtigten Personen bzw. Datenmanipulation, Ausfall von IT-Systemen und Datenverlust.

4.3. Kontrollmaßnahmen

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z. B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Zusätzlich werden die für den IFRS-Konzernabschluss gültigen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften angewandt, um sicherzustellen, dass Geschäftsvorfälle konzernweit einheitlich erfasst und bewertet werden.

Die Abschlüsse werden in SAP R3 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und internationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

4.4. Information und Kommunikation

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden die Abschlüsse einem definierten Managementkreis der Österreichische Post AG auf Segmentebene zur Verfügung gestellt.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschlüssen werden interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Wesentlicher Bestandteil der internen Berichterstattung der Österreichischen Post AG ist die Datenauswertung und deren Analyse. Diese beinhaltet unter anderem die Berechnung von Cashflows sowie dazugehörige detaillierte Erläuterungen.

Vom Controlling wird monatlich ein interner Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der einzelnen Konzernunternehmen enthält.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichische Post AG erfolgt in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex über die Website von Investor Relations, www.post.at/ir und über direkte Gespräche mit institutionellen Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen stehen den Investoren auf der Investor Relations Website zahlreiche weitere Informationen zur Verfügung.

4.5. Überwachung

Der Vorstand der Österreichische Post AG hat ein umfangreiches, systematisches und effizientes Enterprise-Risk-Management (ERM-System) installiert, welches sich nach dem COSO Standard „Enterprise Risk Management – integrated Framework“ richtet.

Kernpunkt des operativen Risikomanagements bildet die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen und den Geschäftsfeldern getragen. Die divisional angelegte Organisationsstruktur gliedert sich in drei operativ tätige Divisionen bzw. fünf Geschäftsfelder sowie in unterstützende und beratende Zentral- und Serviceeinheiten.

Zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controllingprozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien betreffen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limitkategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Controllingprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen.

Das interne Kontrollsystem (IKS) als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert, d.h. Maßnahmen erfolgen arbeitsbegleitend oder sind dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert. Das IKS basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein.

Der jährliche Revisionsplan wird vom Vorstand genehmigt und umfasst die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen, interner sowie Prozessrichtlinien und -verfahren im gesamten Post Konzern.

5. Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) 52,8% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien, nach Einzug aller 2.447.362 eigenen Aktien am 24. April 2009). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichischen Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Genehmigtes Kapital: Gemäß § 5 der Satzung der Österreichischen Post AG ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates ermächtigt, bis fünf Jahre nach Eintragung der Satzungsänderung in das Firmenbuch das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 175.000.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 35.000.000 Stück neue auf Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen festzusetzen. Die Satzungsänderung wurde am 18. März 2006 in das Firmenbuch eingetragen.

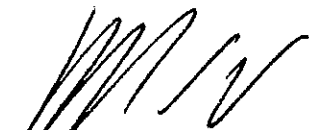
Bedingtes Kapital: Gemäß § 5 der Satzung der Österreichischen Post AG ist der Vorstand ermächtigt, bis fünf Jahre nach Eintragung der Satzungsänderung in das Firmenbuch verzinsliche Wandelschuldverschreibungen auszugeben, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht in bis zu 35.000.000 Stück auf Inhaber lautende Aktien ohne Nennwert (Stückaktien) im Gesamtbetrag von insgesamt bis zu 175.000.000 EUR verbunden ist. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 175.000.000 durch Ausgabe von bis zu 35.000.000 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit Stimmrecht bedingt erhöht. Die Satzungsänderung wurde am 21. April 2006 in das Firmenbuch eingetragen.

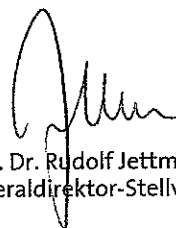
Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft in Folge eines Übernahmeangebotes wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden.


Für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebotes gibt es keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern.

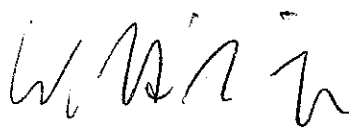
Wien, am 1. März 2010

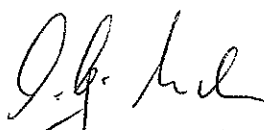
Der Vorstand


Dipl.-Ing. Dr. Georg Pözl
Generaldirektor


Mag. Dr. Rudolf Jettmar
Generaldirektor-Stellvertreter


Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz
Vorstandsdirektor


Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsdirektor


Dipl.-Bwt. (FH) Carl-Gerold Mende
Vorstandsdirektor